Zeitschrift: Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge

Herausgeber: Bioforum Schweiz

Band: 2 (1947)

Heft: 4

Artikel: Englands Wirtschaftskampf

Autor: Kramer, H.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-889956

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

sanften Schläfchen erwacht sein sollte, wahrscheinlich zu spät kommen würde. Es wird dort nicht viele Anlagegelegenheiten mehr geben.

Nein, wir haben von den Russen, solange wir sie als bessere Rechner halten dürfen als den Rechenkünstler von Vaduz, nichts zu befürchten. In der Knechtschaft wären wir arm. Unser Land würde unergiebig in der Sklaverei. Aber in der Freiheit können wir etwas leisten. Als Freie machen wir gerne Geschäfte, den Russen und uns zuliebe und niemanden zuleide. Man muß uns nur dazu einladen. Aber wenn man uns mit Gewalt begegnen würde, so wäre wenig zu holen. Das wissen die Russen bestimmt auch.

Englands **Wirtschaftskampf**

Dr. H. KRAMER

I.

Der Ausländer, der im vergangenen Sommer durch Großbritannien reiste, sah sich andauernd vor einem auffallenden Widerspruch. Auf der einen Seite las und hörte er jeden Tag von der Dollarkrise, von den akuten Nachkriegsschwierigkeiten der britischen Wirtschaft und von dem oft mit der militärischen Lage nach Dünkirchen verglichenen Kampf des britischen Volkes um seine wirtschaftliche Existenz. Auf der anderen sah er, wie verhältnismäßig normal das Volk lebte, wie es, bei fühlbaren Rationierungsmaßnahmen allerdings, eine wieder recht reichliche Auswahl von Gegenständen des täglichen Bedarfes hatte, wie es Ferien genoß und reiste, gleich als gäbe es Geld in Hülle und Fülle. Gegen den Herbst zu wurde das dann freilich etwas anders; die neuen Einschränkungen, welche die Regierung Ende August verfügte, machten nicht

allein den schönen Schweizerreisen derer, die es hatten und vermochten, ein jähes Ende, sondern griffen auch sonst in die Lebensgewohnheiten und in die Haushaltführung so stark ein, daß der Ernst der Lage allmählich doch recht weiten Kreisen zum Bewußtsein kam. Und die heftige Kritik an allem, was das Labourkabinett tat oder nicht tat, von seiten der konservativen Opposition trug noch weiter dazu bei, das Wirtschaftsproblem derart in den Mittelpunkt aller öffentlichen Auseinandersetzung zu rücken, daß es beinahe als die Lebensfrage der britischen Nation in der Gegenwart erscheint.

Will man in dem Widerstreit der Meinungen, der jetzt die englische Nation erregt, zu einem einigermaßen klaren Urteil kommen, so wird man von vornherein feststellen müssen, daß die Anklagen der Konservativen Partei und ihrer Mitläufer gegen die Labourregierung maßlos übertrieben, ja grundlos sind, und daß sich das Wirtschaftsproblem Englands wesentlich anders darstellt als es in den Reden und Artikeln der Opposition erscheint. Wenn z. B. Churchill in einer seiner letzten öffentlichen Äußerungen behauptet: «Wir leben schlechter als in der schlimmsten Zeit des Krieges. Was die deutschen Unterseeboote nie erreicht haben, das ist erreicht worden durch unsere eigenen irregeführten Landsleute, durch ihre Unfähigkeit, ihre Arroganz, durch ihre Horde von Funktionären, ihre Tausende von Vorschriften und ihre unfähige Führung unserer großen und kleinen Angelegenheiten» — so ist das nun einfach Demagogie gewöhnlichster Art. Die Lebensverhältnisse des englischen Volkes haben sich nicht nur gegenüber dem Krieg, sondern auch gegenüber der Vorkriegszeit in Wahrheit erheblich verbessert. Milch und Käse wird jetzt 30 Prozent mehr verbraucht als vor dem Krieg. Der Butterkonsum ist allerdings gegenüber 1938 um 56 Prozent zurückgegangen, ebenso der Zuckerverbrauch um 25 Prozent. Fleisch und Fisch wird zum Teil sogar sehr bedeutend mehr gegessen, während Eier wiederum gegenüber der Vorkriegszeit um 44 Prozent, bei Einrechnung des Eipulvers allerdings nur um 14 Prozent, weniger konsumiert werden. Früchte werden um 17 Prozent, Gemüse um 8 Prozent mehr

verbraucht als 1938; Mehl um 12 Prozent, Kartoffeln gar um 67 Prozent. Tee wird um 4 Prozent weniger, hingegen Kaffee um rund 100 Prozent mehr getrunken als vor dem Krieg. Kurz, im Durchschnitt lebt die Masse des britischen Volkes nicht schlechter, sondern besser als im und vor dem Krieg, und soweit der Verbrauch an gewissen Gegenständen des täglichen Bedarfes geringer ist als 1938, werden wir daran denken müssen, daß das gleiche auch in der Schweiz der Fall ist. Nicht alle Länder sind in dieser Hinsicht so gut daran wie Amerika.

Was sodann die Industrieproduktion anbelangt, so ist auch hier ein beträchtlicher und stetiger Aufstieg zu verzeichnen. Im Jahre 1946 ist die Erzeugung von industriellen Gütern um etwa 20 Prozent höher gewesen als 1938. Die Elektrizitätsproduktion z. B. und die Herstellung von Roheisen und Rohstahl hat gegenüber der Vorkriegszeit wesentlich zugenommen. Die Kohlenförderung ist allerdings zwischen 1939 und 1945 von 4 437 000 Tonnen in der Woche auf 3 506 000 Tonnen zurückgegangen; aber das waren gerade die Jahre, in denen die Konservativen den entscheidenden Einfluß auf die Wirtschaftspolitik Großbritanniens hatten. Es drückte sich darin eben die schwere Mißwirtschaft aus, die unter dem Regime des kapitalistischen Privatbesitze in der Bergwerksindustrie seit Jahrzehnten getrieben wurde, und die schon bald nach dem ersten Weltkrieg zu einem Anlauf für die Sozialisierung der Kohlengruben geführt hatte. Ende 1946, das heißt nach einem Jahr Labourregierung, war die Kohlenförderung bereits wieder auf 3 800 000 Tonnen wöchentlich gestiegen; Ende dieses Jahres dürfte sie mindestens 4 Millionen Tonnen in der Woche betragen. Dabei sind heute etwa 35 000 Bergarbeiter weniger beschäftigt als 1939 und ist außerdem die Fünftagewoche eingeführt worden, die nach Unternehmerauffassung eigentlich hätte einen Rückgang der Produktion bewirken sollen. Welche Ergebnisse die Sozialisierung der Kohlenbergwerke haben wird, die von der Labourregierung durchgesetzt wurde, wird sich erst in der Zukunft zeigen, doch spricht alles dafür, daß die dadurch ermöglichte Vereinheitlichung und Modernisierung des

Betriebes und der bessere Arbeitsgeist der großen Mehrzahl der Bergarbeiter, der seit der Nationalisierung zu beobachten ist, die Ausbeute an Kohle erheblich steigern wird.

Daß die Arbeitslosigkeit in Großbritannien so gut wie verschwunden ist, soll keineswegs einfach auf das Konto der Labourregierung gesetzt werden; Tatsache bleibt aber dennoch, daß infolge der Vollbeschäftigung die ganze Lebenshaltung und namentlich auch der Gesundheitszustand des Volkes gegenüber der Vorkriegszeit sichtbar besser geworden ist. Die Müttersterblichkeit ist zwischen 1939 und 1946 von 3,1 je Tausend auf 1,43 gesunken, die Kindersterblichkeit von 50,6 auf 43 Promille. Schließlich muß erwähnt werden, daß die Warenausfuhr zur Zeit höher ist als jemals seit 1920 und im laufenden Jahr etwa 30 Prozent mehr betragen wird als vor dem Krieg — ebenfalls ein Zeichen nicht wirtschaftlichen Verfalles aus Schuld der Labourregierung, sondern fortschreitenden Aufstieges. Wären die Verhältnisse ungefähr die gleichen geblieben, die sie vor dem Krieg waren, so würde sich heute England einer ähnlichen Wirtschaftsblüte erfreuen wie die Schweiz oder Amerika; nur der Eintritt ganz außerordentlicher Umstände, an denen der Wechsel des innenpolitischen Regimes wahrlich keine Schuld trägt, die aber zu einem nicht geringen Teil der verhängnisvollen Außenpolitik der Konservativen vor dem Krieg zuzuschreiben sind, vermag die Tatsache zu erklären, daß sich England trotzdem in einer kritischen Wirtschaftslage befindet, die nur durch harte Arbeit, fühlbare Entbehrungen und weitsichtige Planung gemeistert werden kann.

II.

Welches sind nun diese außerordentlichen Umstände, die als die wirklichen Ursachen der gegenwärtigen Schwierigkeiten Großbritanniens angesprochen werden müssen?

Die entscheidende Wandlung hat vor allem der Krieg gebracht. Früher war England der größte Kapitalexporteur der

Welt. Vor dem ersten Weltkrieg hatte es im Ausland mehr Kapital angelegt gehabt als sämtliche anderen Länder der Welt zusammen. Ende der zwanziger Jahre war Großbritannien in dieser Beziehung bereits von den Vereinigten Staaten überflügelt worden, aber vor dem zweiten Weltkrieg besaß es immer noch Kapitalanlagen in der Höhe von etwa 4 Milliarden Pfund Sterling (zirka 70 Milliarden Schweizerfranken). Das Einkommen, das aus diesem riesigen Besitz floß, reichte zusammen mit den britischen Einnahmen aus der Schiffahrt und aus anderen «unsichtbaren Exporten» reichlich aus, um den gewaltigen Überschuß seiner Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen über die Ausfuhr von Industrieerzeugnissen zu dekken. Der zweite Weltkrieg hat das vollkommen geändert. Um seine Einfuhren zu bezahlen, mußte England seine Auslandkapitalien flüssig machen. Zudem verschuldete es sich stark an Indien und die Dominien für seine Kriegsbedürfnisse. Zum erstenmal in seiner Geschichte war England so aus einer Gläubigernation eine Schuldnernation geworden. Und das hieß, daß es sein Einkommen aus Kapitalanlagen im Ausland, großenteils Dollareinkommen, durch eine Steigerung seiner Exporteinnahmen ersetzen mußte, die groß genug wäre, um die Kluft zwischen Einfuhrbedarf und bisherigem Ausfuhrerlös zu überbrücken.

Eine ungeheure Aufgabe, die eine gänzliche Umstellung der britischen Volkswirtschaft verlangte! Zwar gelang es, wie gesagt, rasch schon in einem beträchtlichen Maße die Ausfuhr zu erhöhen; aber bis es soweit ist, daß die Zahlungsbilanz Großbritanniens wieder im Gleichgewicht steht, wird auf jeden Fall eine längere Reihe von Jahren vergehen. Die Notwendigkeit drängte sich deshalb auf, einen Überbrückungskredit in Dollars aufzunehmen, der England über die ersten schwierigsten Jahre hinweghelfen sollte. So kam es zu der amerikanischen Anleihe von 3750 Millionen Dollars, die Großbritannien im Jahr 1946 bewilligt erhielt — unter harten Bedingungen, deren Annahme nur die bare Not rechtfertigen konnte. Schon damals war es aber klar, daß der bewilligte Betrag nur unter den günstigsten

Voraussetzungen ausreichen konnte, um die vorläufige Exportlücke zu schließen. Irgendwelche ungünstigen Ereignisse waren geeignet, die ganze Rechnung über den Haufen zu werfen.

Und diese Ereignisse zögerten nicht zu kommen. Zunächst kam der Polarwinter 1946/47. Die Wirtschaft fror regelrecht ein, die Produktion stockte, die Ausfuhr ging zurück, während die Einfuhr gesteigert werden mußte, wenn der Zusammenbruch der Inlandproduktion vermieden werden sollte. Und als das Frühjahr endlich eintrat, da waren mindestens sechs kostbare Monate verloren gegangen, während der Dollarabfluß unvermindert fortdauerte. Dazu kam ein zweites Unglück für England: die Preissteigerung in Amerika, die den Wert der Dollaranleihe um 28 Prozent senkte und den amerikanischen Kredit bedeutend früher zu erschöpfen drohte als dies ursprünglich angenommen worden war. Die Folge dieser beiden Entwicklungsreihen war, daß sich schon Ende 1946 das Defizit der britischen Zahlungsbilanz auf nicht weniger als 400 Millionen Pfund belief. Das Defizit der Handelsbilanz allein (der Überschuß der Einfuhr über die Ausfuhr) machte allerdings nur 100 Millionen Pfund aus, aber ohne die Preissteigerung in Amerika hätte sich dieses Defizit in einen Überschuß von mindestens 150 Millionen Pfund verwandelt.

Die Lage war angesichts des rapiden Abflusses von Dollars um die Mitte dieses Jahres so bedenklich geworden, daß sich die britische Regierung zu einer Reihe von Notmaßnahmen gezwungen sah, deren wichtigste die Aufhebung der freien Umwechselbarkeit des Pfundes in Dollars und eine scharfe Einschränkung aller Dollarausgaben (insbesondere der Einfuhren aus den Vereinigten Staaten) sowie die Kürzung der Devisenzuteilung für Auslandreisen und entsprechende neue Rationierungsvorschriften (für Lebensmittel, Benzin usw.) waren.

Eine zweite Gruppe von Sanierungsmaßnahmen stellt die Verminderung der britischen Truppenbestände im Auslande dar. England ist einfach nicht mehr imstande, die Kosten ausgedehnter Besetzungsstreitkräfte und

kolonialer und imperialer Verwaltungen großen Umfangs zu tragen. Sein Rückzug aus Indien und Burma ist nicht zuletzt in dieser Tatsache begründet; aber auch in Ägypten und Palästina, in Griechenland und Deutschland kann es auf die Länge nicht mehr Truppenbestände unterhalten, die seine Finanzen unerträglich belasten und seiner Wirtschaft Hunderttausende von bitter benötigten Arbeitskräften entziehen. Die Verminderung der überseeischen Streitkräfte, die jetzt im Gang ist, dürfte die Wirtschaftslage Englands nicht unwesentlich erleichtern, wenn sie auch seine Weltmachtstellung weiter zu schwächen geeignet ist.

Den Hauptbestandteil des Sanierungsprogramms muß jedoch sein positiver Teil bilden: die Steigerung der Produktion und der Ausfuhr. Der «Plan Cripps» hat für die Ausfuhr bestimmte, recht hoch angesetzte Ziele gesteckt; ob sie erreicht werden können, bleibt abzuwarten, ist aber keineswegs sicher, hängt doch das Gelingen des Planes stark von einer Reihe von Voraussetzungen ab, die nicht einfach zu erfüllen sind: zweckmäßige Lenkung der Arbeitskräfte, bedeutende Erhöhung der Kohlenförderung, Lenkung des Exports in die am besten zahlenden Länder, günstiges Verhältnis der Preise für Ein- und Ausfuhrgüter usw. In der Arbeiterschaft stößt die von der Regierung geforderte Verlängerung der Arbeitszeit und die gleichzeitig als nötig erklärte Erhöhung der Leistung pro Mann und Stunde auf erheblichen Widerstand; immerhin hat sich der Bergarbeiterverband nunmehr bereit gefunden, eine längere Arbeitszeit, eventuell unter zeitweiliger Preisgabe der Fünftagewoche, anzunehmen. Ob die ebenfalls in Aussicht genommene Lenkung der Arbeitskräfte in die ausfuhrwichtigsten Industrien die erhoffte Wirkung haben wird, bleibt fraglich; die jetzt verfügte Form der Arbeitslenkung ist zu mild, als daß sie viel nützen könnte, und eine schärfere Form, etwa wie sie im Kriege geschaffen wurde, würde als zu weit gehende Einschränkung der Bewegungsfreiheit des Arbeiters empfunden.

III.

Ob im Zuge der Produktionssteigerung auch weiter Sozialisierungsmaßnahmen folgen werden, ist noch unklar; im Vordergrund stünde hier die Sozialisierung der Eisen- und Stahlindustrie, gegen die aber auch aus den Reihen der Labourpartei heraus ernste Bedenken erhoben werden. Eine solch weitreichende Maßnahme könnte jedenfalls nur verantwortet werden, wenn sie einen Bestandteil eines allgemeinen, koordinierten Planes für die Lenkung der britischen Wirtschaft bildete, nicht als mehr oder weniger isolierte Reform wie etwa die Sozialisierung des Kohlenbergbaus. Es kann aber wohl sein, daß sich ein solcher Gesamtplan schon recht bald als notwendig herausstellen wird. Denn der Cripps-Plan ist, wie erwähnt, auf Voraussetzungen aufgebaut, die zum Teil reichlich optimistisch scheinen; anderseits stellt er im Grunde kein sozialistisches Wirtschaftsprogramm dar, sondern baut mehr auf der bestehenden, also kapitalistischen Organisation von Produktion und Handel auf, in die allerdings gewisse sozialistisch gedachte Leistungselemente eingefügt werden. Und ob auf dieser Basis die erhoffte Produktions- und Ausfuhrsteigerung wirklich erreicht werden kann, das ist trotz allem noch ganz ungewiß. Sir Stafford Cripps selber, der jetzt oberster Volkswirtschaftsdirektor ist, scheint daran zu zweifeln. Er hat kürzlich in einer Pressekonferenz so ernste Hinweise auf die Möglichkeit noch viel weitergehender Einschränkungen, ja einer eigentlichen Wirtschaftskatastrophe gegeben, daß man gut tut, sich die Hefte noch ganz offen zu halten. Wenn aber derartige Möglichkeiten in greifbare Nähe rücken sollten, dann werden nur mehr radikale Eingriffe die Umstellung der britischen Wirtschaft herbeiführen können, die durch die Veränderung der weltwirtschaftlichen Stellung Großbritanniens — und diese ist wiederum nur ein Stück der kapitalistischen Weltkrise überhaupt — notwendig geworden ist.

Auf amerikanische Hilfe wird England dabei nicht rechnen dürfen. Denn so unbegründet das Schlagwort ist, Amerika müsse ja nur «die britische Sozialisierung bezahlen», und so

großes Interesse die Vereinigten Staaten daran haben, daß die Wirtschaft Großbritanniens nicht zusammenbricht — das Vorurteil besteht nun einfach in Amerika, daß ein konservativ-kapitalistisches England, das sich in den amerikanischen Weltplan einordne, mit einer neuen Dollaranleihe besser wirtschaften werde als ein wenn auch noch so maßvoll sozialistisches Labourengland dies tun könne. Großbritannien wird insofern also im wesentlichen auf sich selbst angewiesen bleiben, und es wird gewaltige Anstrengungen machen müssen, um sein neues wirtschaftliches Gleichgewicht zu finden. Eine Möglichkeit, um nicht zu sagen Notwendigkeit, steht ihm dabei freilich noch offen: die planmäßige Organisierung eines sowohl vom amerikanischen als vom sowjetrussischen Imperium unabhängigen internationalen Wirtschaftsraumes, an den seine heimische Wirtschaft anzuschließen wäre. Es kämen dafür einerseits die Länder Westeuropas, einschließlich Westdeutschland, anderseits ein Teil der britischen Dominien sowie die abhängigen Kolonien und Mandatsgebiete in Frage, die zwischen dem hochkapitalistischen Amerika und dem kommunistischen Sowjetrußland eine dritte sozialistisch-demokratische Weltzone zu bilden vermöchten. Doch würde eine Erörterung dieser Frage so tief in die Weltpolitik hineinführen, daß wir darauf hier, sozusagen anhangsweise, unmöglich eintreten können. Es wird aber auch so klar geworden sein, welch schwere Probleme die neue Wirtschaftsanlage Großbritanniens aufwirft und wie eng unser eigenes Wohlergehen von der Art und Weise der Lösung dieser Probleme abhängt. Die Labourregierung hat bis jetzt in der britischen Wählerschaft ihre Stellung ungeschwächt behaupten können; die 20 erfolgreichen Ersatzwahlen, die — ein beispielloser Vorgang — die Labourpartei seit ihrem Aufstieg zur Macht durchgekämpft hat, belegen das eindrucksvoll. Aber es wird großer Tatkraft und Entschlußfähigkeit bedürfen, wenn sich Labour bis zum Ende der Legislaturperiode das Vertrauen des Volkes soll im wesentlichen ungeschwächt erhalten können. Die Konservativen stehen jedenfalls schon bereit, um ihrerseits das Staatsruder zu ergreifen, so wenig sie eine Ahnung davon haben, wie England

sein Wirtschaftsproblem b e s s e r meistern könne, als das die Labourregierung zu tun sucht.

Die Schweizerische Nationalbank AG.

Ihr Werden — ihre Hauptaufgabe — ein Vorschlag

H. BRODBECK

Vorgeschichte

Im Jahre 1865 wurde eine ständerätliche Kommission mit dem Studium der Banknotenfrage beauftragt. Professor Dr. Rüttimann verfaßte ein Gutachten, worin er der Notwendigkeit der Einrichtung einer schweizerischen Diskontobank mit Notenmonopol Ausdruck gab; er fand aber damals für seine Idee wenig Unterstützung.

Als Frankreich am 15. Juli 1870 Preußen den Krieg erklärte, war das Signal zu einem Run auf die Banken gegeben. Auch die Eidgenossenschaft brauchte Geld für die Mobilisierung der Grenzschutzarmee. Die Folge war, daß die Banken mit Diskontobegehren bestürmt wurden und durch diese Geldrückzüge in größte Verlegenheit gerieten. Sie griffen zu Kreditbeschränkungen und erhöhten den Diskontsatz rasch nacheinander bis auf 6 Prozent. Die ganze Kreditmaschinerie geriet dadurch auf die bedenklichste Weise ins Stocken. Der Handel lag mangels der nötigen Zahlungsmittel fast gänzlich darnieder.

Der Bundesrat sah sich genötigt einzugreifen. Am 30. Juli ermächtigte er die eidgenössischen Kassen, englische Sovereigns und amerikanische Dollars an Zahlungsstatt anzunehmen. Es ging aber noch einige Wochen bis die Geldklemme überwunden